

Neues Kita-Qualitätsgesetz: Millionen für Fachkräfte statt Gebührenentlastung

Die Länder müssen ab 2025 Bundesmittel vorrangig in Kita-Personal investieren, um Qualität und Fachkräfte zu sichern.

Die geplante Neuregelung zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland könnte weitreichende Auswirkungen auf die Qualität der frühkindlichen Bildung haben. Laut einem Dokument, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, dürfen die Bundesländer ab 2025 die Mittel des Bundes nicht mehr dafür verwenden, Eltern bei den Kita-Gebühren zu unterstützen. Dies bedeutet eine Weichenstellung hin zu einer stärkeren Fokussierung auf die Sicherung und Weiterbildung von Fachkräften in der frühkindlichen Förderlandschaft.

Monetäre Unterstützung für Fachkräfte

In den letzten Jahren hatten die Bundesländer die Möglichkeit, Gelder in Höhe von jährlich zwei Milliarden Euro bis zu einem Anteil von 49 Prozent zur Senkung oder Abschaffung von Kita-Gebühren zu nutzen. Mit der neuen Regelung wird diese Möglichkeit abgeschafft. Der Fokus liegt jetzt darauf, das Geld für die Gewinnung und Sicherung qualifizierter Mitarbeiter einzusetzen. Der Mangel an Fachkräften ist ein zentrales Problem: Schätzungen zufolge fehlen bis 2030 in Deutschlands Kitas zwischen 50.000 und 90.000 Fachkräfte. Laut dem Paritätischen Wohlfahrtsverband könnten es sogar bis zu 125.000 fehlende Kräfte im gesamten Bereich der Kinderbetreuung sein.

Qualität über Kostensenkung

Die Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) stellt klar, dass die Neuausrichtung der Mittelverwendung unabdingbar ist, um gleichwertige Qualitätsstandards für alle Kitas zu erreichen.

„Investitionen in die frühe Bildung sind zentral für den Bildungserfolg und die Chancengerechtigkeit unserer Kinder“, betont Paus. Dies legt nahe, dass die Entwicklung der frühkindlichen Förderung nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Fachkompetenz und der Aus- und Weiterbildung von Erziehern ist.

Übergangsregelungen und Zukunftsprognosen

Um den Übergang zu dieser neuen Regelung zu erleichtern, wird eine Übergangsfrist von sechs Monaten vorgesehen, während derer die bisherigen Regelungen noch in Kraft bleiben. Daher gibt das Ministerium an, dass nicht mit einem Anstieg der Kita-Gebühren zu rechnen ist, zumal die Bundesländer weiterhin die Möglichkeit haben, die Gebühren über eigene Mittel zu verringern.

Ein Schritt in die richtige Richtung?

Die vorgesehenen Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der Kita-Qualität sind ein Ansatz, um die strukturellen Probleme im deutschen Bildungssystem anzugehen. Fokussierung auf Fachkräfte und deren Weiterbildung könnte paradox erscheinen, da viele Eltern auf günstige Kita-Plätze angewiesen sind. Doch der langfristige Erfolg der frühkindlichen Bildung könnte letztlich nur durch Investitionen in die Qualität der Betreuung sichergestellt werden. Mit dem Inkrafttreten des neuen Kita-Qualitätsgesetzes am 1. Januar 2025 wird sich zeigen, wie diese Maßnahmen in der Praxis umgesetzt werden können und welchen Einfluss sie auf die Qualität der Betreuungseinrichtungen in Deutschland haben werden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de